

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
0.30 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 72.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Mittwoch, den 26. März 1930.

12. Jahrgang.

Wenn du zum Wort nicht ohne Not,
Nicht ohne Hunger greiffst zum Brot,
Bringst dir dein Reden nie Verdruss,
Nie Unbehagen dein Genuß.

Rückert.

Parteilgewalt gegen Thüringen.

Der Reichsinnenminister Severing hat einen internen Vorgang im Lande Thüringen (Fall „Adler und Falken“) zum Anlaß genommen, sich in die inneren Angelegenheiten des Landes Thüringen einzumischen. Als Reichsinnenminister hat er, unter Berufung auf die Weimarer Verfassung in bestimmten Fällen ein bestimmtes Recht.

In Thüringen hat der Staatsminister Dr. Frick, Nationalsozialist, die Führung in der Innenpolitik. Die Sozialdemokratie hat vorläufig in Thüringen ausgespielt. Es kränkt sie, daß es zunächst ohne sie geht, daß sie die sichere Aussicht auf sogenannte „Republikanisierung“ (lies: parteisozialistische Festigung) verloren hat. Und das ist der letzte Grund, aus dem die SPD auf den Reichsinnenminister drückt, einem nicht sozialistischen Thüringer, das im Begriff steht, Ordnung in seine Finanzen zu bringen, Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Man erhofft von diesen Druckmaßnahmen ein Zurückziehen der deutschen Volkspartei, die als Koalitionspartei bisher die Nationalsozialisten stützt.

Zunächst sperrt Herr Severing die Ressortzuschüsse, denn 90 Prozent der thüringischen Polizeikosten werden oereinbarungs- und vertragsgemäß vom Reiche gedeckt. Ist es nicht der geheim gehegte Wunsch der Sozialdemokratie, unter dem Deckmantel einer formalen Demokratie der thüringischen Regierung Schwierigkeiten zu machen und die Beamten, die erst am 1. April ohne Gehälter dastehen, gegen die Regierung einzunehmen? Weiter droht Herr Severing die Entsendung eines Reichskommissars an.

Andauernde marxistische Mißwirtschaft in Thüringen hat schon einmal ein Eingreifen des Reiches veranlaßt. Die Dinge waren soweit gediehen, daß bewaffnete Macht in Thüringen einrücken mußte. An diese Epoche sozialistischer Regierungskunst denken die Herren Sozialisten nur ungern zurück und es ist seit damals ein geheimer Groll in ihnen. Sie möchte heute, aus weit geringerem Anlaß, wenn ein solcher überhaupt vorhanden ist, ähnlich handeln, da das Reichsministerium des Inneren von ihrem Parteigenossen befehlt ist. Rückte damals in Thüringen die bewaffnete Macht ein, so führt jetzt ein sozialistischer Reichsinnenminister den der Taktik seiner Partei gemäßen Schlag gegen den Magen durch Entziehung von Geldern. Gestützt auf ein —immerhin noch zu bestreitendes — formales Recht wird eingegriffen, obwohl Herr Severing eine oder mehrere Zeitungsmeldungen als Quelle angibt, aus der er sein Wissen um eine Neuerung Dr. Fricks schöpft.

Wenn jemals eine andersgeartete Regierung nach den Zeitungsmeldungen der Linkspresse hätte solche Haupt- und Staatsaktionen unternehmen wollen, wo wären wir dann gelandet. Und welche Aussichten bieten sich den Ländern ganz allgemein, wenn sie nicht nach der Pfeife der SPD tanzen? Es dürfte nur zu wünschen sein, wenn sich die Länder mit Thüringen solidarisieren und den Reichsinnenminister belehren, daß wir einen sozialistisch regierten Einheitsstaat noch nicht haben.

Es wird von Seiten der Reichsregierung oder deren Eintermänner im Reichstag immer wieder betont, daß die Nationalsozialisten in Thüringen nationalsozialistische Politik treiben und die sei staatsgefährlich. Man erinnert sich dabei aber nicht, daß sozialistische Minister, ich nenne hier nur Braunschweig, ausdrücklich bekannt haben, „wir leugnen gar nicht, daß wir uns in unserer Politik von unserer Weltanschauung leiten lassen“. Was also, ohne daß Herr Minister Severing einschritt, Braunschweig recht ist, sollte einem nationalsozialistischen Thüringer billig sein. Herr Frick tut also nichts anderes, als was vor ihm parteisozialistische Minister erklärt und getan haben. Trotzdem hat die Presse den Mut, von einem Skandal Frick in Thüringen zu sprechen, wenn sie diesen Satz aus einer Erklärung Dr. Fricks, er treibe nationalsozialistische Politik, beipficht. Die Unehrlichkeit der Politik ist soweit getrieben, daß sie schlechterdings nicht mehr überboten werden kann.

Wir müssen Herrn Severing einmal wegen seines Vorgehens gegen Thüringen, das andere Mal wegen seines Republikanischgesetzes einiges ins Gedächtnis rufen. Seine Stellung dazu wird erweisen, ob er lediglich als Exponent seiner Machtgruppe auftritt oder ob er, was er nach der Verfassung zu sein hat, — Diener der Allge-

meinheit ist und sich in seinen Dienstmaßnahmen nicht von seiner Weltanschauung, sondern von dem Interesse der Gesamtheit leiten läßt. Die Gleichsetzung von Partei und Staat geht nicht länger an. „Allgemeinheit“ ist nicht eine nach der Farbe der Roharde abzustimmende parteipolitisch gebundene Mehrheit, sondern das ganze Volk. In der Verfassung steht nicht, daß der Beamte Diener einer Machtgruppe oder einer Mehrheit zu sein hat, sondern Diener der Allgemeinheit. Sonst hätte der Gesetzgeber den betreffenden Artikel der Verfassung etwa so fassen müssen: „Der Beamte ist Exponent einer Machtgruppe und Diener seiner Partei oder einer bestimmten Parteikonstellation. Es bleibt ihm unbenommen, gelegentlich auch das Interesse der anderen wahrzunehmen.“ Herrn Severings Fraktionskollege, Herr Arzt sagte die Anschauung der Sozialisten über die Pflicht der Beamten wie folgt: „Der sozialdemokratische Beamte hat von seinem Posten aus den Staat zu unterminieren und zu unterwühlen und künftige Revolutionen vorzubereiten.“ Herr Arzt hat zweifelsohne nicht seine persönliche Meinung, sondern die seiner Partei kundgetan. Heute würde Herr Severing jeden durch sein Republikanischgesetz wegen Hochverrates verfolgen lassen, der etwa aussprechen wollte: „Der nationalsozialistische Beamte hat von seinem Posten aus den bürgerlich-sozialistischen Staat zu unterminieren und zu unterwühlen.“ Herrn Arzt ist damals nichts geschehen, soviel ich mich entsinnere.

Die Leipziger Volkszeitung, das Organ der Marxisten, schrieb 1907 „sondern der Schmutzklappen des Hottentotenblocks“. Diese Beschimpfung der damals verfassungsmäßig festgestellten Farben blieb meines Wissens strafflos. Heute würde Herr Severing eine weit weniger schwere Beleidigung schärfstens ahnden lassen. Und wenn die Sozialdemokratie über die Verrohung politischer Sitten zert, wenn z. B. die nationalsozialistische Presse tote Parteimauern herabwürdigt, dann sei sie erinnert an die Worte eben der Leipziger Volkszeitung beim Tode Eugen Richters: „Ein Strolch noch im Sterben.“ Es hat Herrn Hilferding nicht daran gehindert, Reichsminister zu werden, obwohl er als Redakteur in seinem Zentralorgan „Freiheit“ schreiben läßt: „In den Straßen Berlins herrscht Terror. Die Zuhälter der Gegenrevolution, die Herren Ebert, Noske, Landsberg . . .“ Mit welcher sittlichen Rechte also, abgesehen vom formaljuristischen, hält man heute für verabscheuungswürdig und straffällig, was früher, bis in die letzten Jahre hinein, man selber geübt? Das ist die Kernfrage. Und sie ist für das ganze Bürgertum wichtig: Es herrscht Parteilgewalt im Mantel der Formaldemokratie.

Ob der Reichsinnenminister und seine Partei über kurz oder lang in und über Thüringen triumphiert, sei dahingestellt. Der Reichsinnenminister hat die Gewalt. Aber die Geschichte lehrt, daß Gewalt ein Pfeil ist, der auf seinen Schützen zurückprallt. Der Irrtum des Sozialistengesetzes hat seine Folgen um viele Jahre später gezeigt. Die Gewalt, die heute einer nationalen Minderheit angetan wird, wird ihre Früchte tragen. Ob Herr Severing das noch erleben wird, ist fraglich. Die Geschichte stellt selten Einzelpersonlichkeiten verantwortlich, denn ihre Entschlüsse sind nur selten eigne.

Die Geschichte läßt sich nicht spotten. Vor ihr ist der Reichsinnenminister nur ein ganz kleiner Mann und nicht ein Paragraphe des Republikanischgesetzes schlägt sie in Ketten und Banden.

F. B. A.

Indien ohne die Engländer.

Von Atlanticus.

Vor langen Jahren hat der berühmte französische Romanier Pierre Loti ein Buch geschrieben, das obigen Titel trägt. Es machte keinen Anspruch darauf, ein politisches Buch zu sein, es war eine hübsche, romanhafte Reisebeschreibung, heute längst vergessen. Der Titel aber blieb, ward nicht vergessen. Von Zeit zu Zeit machte er als Stichwort die Runde, wurde hin und hergewälzt, es knüpften sich Orakelsprüche daran, indem das „Indien ohne die Engländer“ nunmehr einen politischen Beigeschmack erhielt. Jetzt spukt es wieder durch den papiernen Blätterwald aller Nationen, verknüpft mit dem Namen Ghandis. Wollte man alle Nachrichten, die über die indischen Angelegenheiten und die britischen Verlegenheiten in Indien verbreitet werden, für bare Münze nehmen, so könnte man wohl zu dem Schluß kommen, daß die Tage der britischen Herrschaft in Indien gezählt seien.

Einer der besten Kenner Indiens, ein britischer Staatsmann, der sich hinter dem Pseudonym M. Carhill verbirgt, hat vor mehreren Jahren ein Buch geschrieben: „Verlorene Herrschaft“, mit dem Untertitel: „Wie Eng-

land Indien aufgab“. Er schildert darin sehr offenherzig die vielen Irrwege der britischen Politik, die es nicht verstanden habe, Indien an England zu fesseln. Für uns Deutsche sind die Ausführungen, als Spiegelbild der britischen Kolonialarbeit und -fähigkeit sehr lehrreich, deshalb sei das Studium des Werkes jedem, der Sinn und Lust zu politischem Spiel und Widerspiel hat, angelegentlich empfohlen. Für Carhill ist es eine feststehende Tatsache, daß:

„In nicht zu ferner Zeit, wie ich glaube, Panditis Programm durchgeführt sein wird. Sowohl die fremde Oberleitung, als die fremde Verwaltung werden der Vergangenheit angehören und alle Werkzeuge der Macht werden fest in den Händen gehalten werden die ihm geneigt sind. Ich selbst glaube nicht, daß er die Macht lange wird behalten können. Wir haben uns weit von den Tagen Ashis (ein asiatischer Heiliger) entfernt, und die Welt gehört dem Herrn der Heerscharen. Aber mit den künftigen Geschehnissen Indiens wird England nichts mehr zu schaffen haben.“

In diesen Sätzen ist klar und unmißverständlich ausgedrückt, wer der Träger der indischen Freiheitsbewegung ist: Panditi. Pandit bedeutet Gelehrter, Angehöriger der Brahmanenkaste, als Titel auch von gelehrten Nichtbrahmanen geführt, ähnlich unserem Dokortitel. Es handelt sich also um indische Literaten. Carhill legt die Verkleinerungsform „ji“ hinzu, mit verächtlichem Nebensinn. Und in der Tat, wer diese „Führer der indischen Bewegung kennen gelernt hat, der versteht, wie treffend Carhill sie bezeichnet und stimmt ihm zu, daß Pandits Herrschaft nicht von Dauer sein kann.

Die Pandits, also Advokaten und alle möglichen anderen Literaten, zum größten Teil vollgepfropft mit schlecht verdauter Gelehrsamkeit aus den Schatzkammern abendländischer Kultur und abendländischer Politik, zersetzenden Giften für alle Menschen orientalischer Rassen, halbgebildet, diese Pandits sind es, die sich zu Führern des Landes aufgeworfen haben. Sie führen das große Wort in den Parlamenten, haben die Leitung im „Allindischen Kongreß“. Mit der Freiheit westlichen Stils wollen sie Indien beglücken, einer Freiheit, mit der die Inder nichts anzufangen wissen, denn, wie Carhill an anderer Stelle sehr richtig sagt:

„In einem Lande, wo der Despotismus kein Laster, sondern eine heilige Pflicht ist, war es keine geringe Wohltat (nämlich mit Einsehen der britischen Herrschaft), von der Notwendigkeit frei zu sein, für eine ganze Horde von Verwandten und Mitläufern der obersten Beamten des Landes sorgen zu müssen. In einem Lande, das von bitterem Kasten- und Religionshaß gerissen war, bedeutete es keinen geringen Trost, zu wissen, daß nun die letzte Entscheidung bei einem Beamten lag, den die kleinen Streitigkeiten des Tages wenig angingen. Kein Inder wird jemals glauben, daß einer seiner Landsleute so bar jedes anständigen Gefühls sein könnte, um an dem Akt einer so abstrakten Tugend, wie der Unparteilichkeit, die Interessen derer zu opfern, die ihm das Liebeste sein sollten.“

Die Befreiung Indiens würde zunächst nur den Weg bereichern der Bewegung, also den Pandits zugute kommen. Literaten aber haben noch nie eine Nation, deren Führung ihnen durch befördernde Umstände zufiel, auf längere Zeit hinaus zu leiten vermocht. Um wieviel weniger werden sie hier, in Indien, dazu imstande sein, wo es bei den in raffischer und religiöser Beziehung so sehr gemischten Volksstämmen gar keine nationalen Bindungen gibt. Theoretisch hat man allerdings einen „nationalen Geist“ zu wecken versucht, indem man, wie Carhill es schildert, lehrte:

„Ich bin ein Hindu, du bist ein Muselman, X ist ein Christ, aber keiner von uns ist ein Christ. Ich bin ein Hindu, aber keiner von uns ist ein Hindu. Ich bin ein Christ, aber keiner von uns ist ein Christ. Ich bin ein Muselman, aber keiner von uns ist ein Muselman. Ich bin ein Hindu, aber keiner von uns ist ein Hindu. Ich bin ein Christ, aber keiner von uns ist ein Christ. Ich bin ein Muselman, aber keiner von uns ist ein Muselman.“

Aus diesen kurzen Sätzen läßt sich klar der Enderfolg der Freiheitsbewegung voraussagen. Er wird nichts anderes sein, als ein Kampf aller gegen alle. In der Praxis ist nun auch dieser Versuch des Zusammenschlusses immer wieder gescheitert, bis zuletzt. Die Behauptung, daß von britischer Seite die Gegensätze wohlweislich geschürt worden seien, ist töricht. Das hatten die Engländer gar nicht nötig, denn große und einflussreiche Kreise in Indien stemmen sich mit aller Macht gegen den Versuch an, einen allindischen Mißmach zum Leben zu erwecken. Es sind

*) Verlorene Herrschaft von M. Carhill, deutsch von M. Gausch, Verlag Kurt Bawinkel, Berlin-Grunewald.

auch nicht nur die einheimischen indischen Fürsten, die von einem Aufgehen ihrer Herrschaft in einem allindischen Topf nichts wissen wollen, nicht nur um die liberalen mohammedanischen Kreise, die sich nie und nimmer der Herrschaft hinduistischer Führer beugen wollen, sondern auch die Parias, die Ausgestoßenen, die Kastenlosen, weil sie in einem „befreiten“ Indien den Schutz, den sie unter der britischen Herrschaft genießen, verlieren würden.

Das indische Problem ist zum überwiegenden Teil ein landwirtschaftliches. Nicht umsonst hat man den besten landwirtschaftlichen Experten Englands, einen Mr. Wood, zum Vizekönig von Indien berufen, nachdem er für dieses Amt zum Lord Irving gemacht war. Zweifellos hat dieser tatkräftige Mann auch Erfolge bei seinen Reformen zu verzeichnen. Langsam beginnt sich das Wirtschaftsleben des Landes nach den schweren Krisen der Nachkriegszeit wieder zu erholen. Reformen sind in Indien aber nicht leicht durchzuführen, viele scheitern immer wieder an dem Widerstand der notleidenden Kleinbauern. Sie wehren sich dagegen, oft nur aus Gründen rassistischer oder religiöser Art, häufig aber auch, aufgewiegelt durch die örtlichen Geldverleiher, dieser schlimmsten Landplage Indiens. Denen würde nämlich durch die Quintessenz der Reformen: Kredit- und Liefergenossenschaften für Saat und alle Bedürfnisse mit Staatsunterstützung, das Handwerk gelegt werden. Sie könnten sich nicht mehr an den armen, unwissenden Bauern so schamlos bereichern. Deshalb die verheerende und aufrührerische Tätigkeit dieser Bunnias (Geldverleiher).

Noch ein Wort über Ghandi. Sein Name ist ja heute in aller Munde. Zeitungen bringen Bilder von ihm und fingen sein Loblied. Carlyll schreibt über ihn:

„Ghandi ist ein Mann aus Guzerat, ein Bunnia (Geldverleiher) und ein Rechtsanwalt. Er trat zuerst in Südafrika hervor, wo er Anführer des Widerstandes der indischen Anwohner gegen die Maßnahmen gewesen war, die verschiedene Regierungen diesen Anwohnern als Ausfluß ihrer Politik zugunsten eines weißen Afrika aufgedrungen hatten. In Südafrika wäre bewaffneter Widerstand oder auch nur seine Androhung lächerlich gewesen, denn die Anwohner waren wenig zahlreich und unkriegerisch. Er hatte deshalb die Lehre des passiven Widerstandes gepredigt und diese Politik hatte einen gewissen Erfolg gehabt. . . .

Die Waffen des Geistes, so meinte Ghandi, sind mächtiger als die Waffen des Fleisches. Er wurde bestärkt in dieser Idee durch Lesen der Schriften Tolstois und seiner Anhänger und Geistesverwandten. Er selbst ist fast ein heiliger Mann. Er ist heusch, mäßig und fromm. Es ist keine Spur von weltlichem Ehrgeiz oder Gewinntrieb in ihm. Der indische Radikal schwankt leicht zwischen Unerschämtheit und Untertunigkeit, je nach dem Charakter seines Gegners. Ghandi ist immer würdevoll und verbindlich. Er hat, wie ich glaube, aus seiner Seele die bösen Leidenschaften der Furcht und des Hasses völlig ausgerieben. Ein einziger Makel ist in seiner Seele, aber der genügt. Er ist eitel und braucht den Beifall der Menge.“

Das Volk hat ihn mit dem Titel Mahatma, große Seele, (Bezeichnung für religiöse Lehrer und Führer) geehrt, aber die „Brahmanen des Dekkan“, die einzige Klasse, die politische und militärische Befähigung vereint, hatten wenig Sinn für sentimentale Anarchie. Sie wußten, wie man sich gegen usurpierende Fremdlinge zu wehren hat — nicht mit Beten und Fasten, sondern mit der Waffe. Ueberdies war die Vorstellung eines Bunnia-Mahatma (ungefähr: eines geldverleihenden Heiligen oder heiligen Geldverleihers) für sie grotesk. Sie lachten über Ghandi, schmeichelten ihm und nutzten ihn aus.“ (Carlyll).

Doch auch in anderen Gegenden Indiens ist keine Gesetzmäßigkeit für Ghandi vorhanden, das gilt ganz besonders von den wichtigen Provinzen Bengalen und Birma, ganz zu schweigen von den selbständigen Fürstentümern. Die in Deutschland vielfach vorhandene Ansicht, daß Ghandi so eine Art von indischem Nationalheiligen ist, ist irrig. Ursprünglich war es allein das Interesse an dem schönen Lande und seinen Bewohnern, das mich im Verlaufe meiner Reisen zu ihrem Studium veranlaßte, also

etwas Nebensächliches, gewissermaßen private Liebhaberei. Bald aber merkte ich, daß es Nebensächliches nicht gibt, daß man allenthalben auf Dinge stieß, die nur erklärlich wurden im Lichte der Welt der harten Tatsachen, der Politik. Gerade hier in Indien wurden mir die Augen geöffnet über die kausalen Zusammenhänge der weltweiten Arena britischer Angelegenheiten, so stark auch die Gegensätze zwischen den einzelnen Teilen des Imperiums sein mögen. Hier lernte ich begreifen, daß das britische Weltreich in seinem Bestand und Zusammenhalt durch das Herausbrechen selbst des kleinsten Bindegliedes gefährdet werden mußte und sah, daß Indien zweifelsohne eines der wichtigsten ist. Ich kann mir daher nicht gut denken, daß England jemals Indien sich selbst überlassen könnte, wo es so unendliche Mühen und auch Opfer darauf verwendet, das Imperium intakt zu halten. Für Carlyll scheint das aber festzustehen. Mag es denn sein. Mich berührt die Frage britischer Weltmachtstellung auch nur einzig und allein von dem Gesichtspunkt unserer deutschen Sicherstellung aus.

Wir haben wahrlich keine Veranlassung, von britischen Sympathien für uns großes Aufheben zu machen. Die Engländer haben uns bis in die jüngste Zeit hinein regelmäßig aufziehen lassen. Sie haben ihre Differenzen mit Frankreich stets auf Deutschlands Kosten ausgetragen. Nicht ohne Deutschlands Schuld. Man verstand bei uns die Zeichen, die man uns machte, nicht. Trotzdem müssen wir in dem Dasein der gesicherten britischen Macht einen Hemmschuh gegen den Ansturm des französischen Imperialismus erblicken. Ohne sie wäre Deutschland bei seiner heutigen Ohnmacht ein Spielball des letzteren, erst ein erstarktes könnte gelassen das Schauspiel vergehender britischer Macht genießen.

Deutschland von einem französischen Offizier gesehen.

Der französische Kapitän Bach, Begründer der Bewegung der „Friedensritter“ berichtet in einem Aufsatz seiner Zeitschrift von seinen Eindrücken in Deutschland, das er kürzlich besucht hat. Wir führen seine Beobachtungen im folgenden im Auszug an:

„In Deutschland herrscht eine allgemeine Verwirrung. Es ist deutlich, daß die Schwierigkeiten, die Deutschland infolge des Krieges und der äußeren und inneren Politik durchzumachen hat, in Verbindung mit einer geistigen und religiösen Umschichtung, die in den breiten Massen begann und sich bis zu den Gebildeten fortsetzte, die Nervenkraft einer großen Anzahl Menschen gebrochen hat. Im ganzen Reich herrscht über die Lage tiefste Verunsicherung. Man traut ebensowenig den Täuschungsmanövern der Franzosen wie solchen Volksgenossen, die einer anderen Partei oder Richtung oder selbst einem anderen Glaubensbekenntnis angehören. Die einst fast zu passiven Volksmassen werden jetzt durch das Hervortreten von allen möglichen Reuten erregt, sodas überall sich der Wunsch zeigt, von jedem auferlegten Joch befreit zu werden.“

Hinsichtlich der Jugend herrscht allerorts die gleiche Meinung. „Man fragt sich, was sie wohl im Kopfe hat, sie hört nicht mehr auf uns.“ Besonders kennzeichnend für die kommende Zeit ist das Gefühl der Verlassenheit bei all denen, die bessere Tage gesehen haben.

Was den Frieden betrifft, so läßt sich eine geteilte Meinung feststellen. Einestheils wird eine Friedensbewegung unter den gegebenen Umständen aus Gründen der Politik, Vaterlandsliebe, Religion und Wirtschaft für unnatürlich und gefährlich angesehen. Dann aber gibt es nicht wenige, die in Sorge über die Radikalisierung aller Bestrebungen und auf Grund günstiger Eindrücke, die sie auf Auslandsreisen hatten, einige auch im Vertrauen auf die erlösende Macht Jesu Christi, aufrichtigen

Friedensstimmen willig Gehör schenken. Die erste Gattung ist in der Minderheit, dürfte jedoch den stärkeren Einfluß ausüben, weil sie tatkräftiger auftritt.

Es ist unsere Pflicht, alle diejenigen in Deutschland mit brüderlicher Sympathie zu umgeben, die leiden und kämpfen. Es ist nicht an uns, zu richten, ob ihre Leiden verdient oder nicht verdient sind. Wissen wir denn, was wir uns selbst zu vergeben haben? Die Stunde ist zu ernst, die einen oder anderen als Heilige aufzuspielen. Ein Deutschland, das aus dieser Prüfung geheilt hervorgeht, ist eine größere Sicherung für den Frieden als ein gewaltsam entwaflnetes Deutschland, das sich innerlich auflehnt und friedlos ist. Uns gebührt, das Kreuz tragen zu helfen.“

Eine Erklärung der Deutschnationalen Arbeitsgemeinschaft.

Die Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft teilt mit: Zu den aus den Kreisen der Deutschnationalen Partei in der Öffentlichkeit gegen den Abgeordneten Balthar Lambach erhobenen Vorwürfen des Vertrauensbruches haben wir wie folgt Stellung genommen: Herr Lambach ist seit Mai 1920 auf der Reichsliste der Deutschnationalen Partei als ausdrücklich bestellter Vertrauensmann des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in den Reichstag gewählt worden. Er hatte in dieser Eigenschaft das selbstverständliche Recht, die Führung seines Verbandes laufend über die Politik der Reichstagsfraktion und Partei zu unterrichten, da festgestellt war, daß diese Mitteilungen aus dem kleinsten Kreis der Verbandsführerschaft nicht zur Kenntnis anderer Stellen oder Personen gebracht wurden. Die gleiche Uebung wird von anderen parlamentarischen Vertretern großer Wirtschafts- und Berufsverbände als Voraussetzung ihrer politischen Arbeit in Anspruch genommen. Der Kronzeuge für die Angriffe gegen Herrn Lambach ist wegen Unterschlagung und Erpressung zu Gefängnisstrafe verurteilt worden. Der Ehrenrat der Deutschnationalen Reichstagsfraktion und Parteileitung hat schon früher diese Behauptungen zum Gegenstand der Untersuchung gemacht und keinen Anlaß zum Einschreiten gegen Herrn Lambach gesehen. Für die Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft gilt das Gleiche. Sie spricht Herrn Lambach ihr Vertrauen aus.

Hapag und Lloyd.

— Hamburg, 25. März.

Die geplante Bildung einer Interessengemeinschaft zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd stellt eine kräftige Fortsetzung der mit der Vereinigung der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft erneut begonnenen Zusammenschlüsse der ganz Großen dar. Organisatorisch ist freilich die Interessengemeinschaft der beiden Großreedereien der „Barnumsche“ der Großbanken nicht gleich zu bewerten, behalten doch beide Schiffahrtsgesellschaften — erfreulicherweise — ihre Selbständigkeit. Es verschwindet also weder die Flagge der Hapag noch die des Norddeutschen Lloyds vom Weltmeer.

Mit der Errichtung der Interessengemeinschaft rücken die Hamburg-Amerika-Linie und der Lloyd in die erste Reihe der Weltverkehrsgeellschaften. Schon rein äußerlich bilden Hapag und Lloyd einen gewaltigen Trakt. Ihr Aktienkapital beläuft sich auf 320 Millionen Mark, das der ihr nahestehenden Gesellschaften auf etwa 80 Millionen Mark, so daß der Gesamtwert des Aktienkapitals rund 400 Millionen Mark ausmacht. Dazu kommt der wertvolle Schiffspart, dessen Wert vom Lloyd und von der Hapag mit 600 Millionen Mark ausgewiesen wird.

In der deutschen Schiffahrt werden die beiden Großreedereien fortan eine noch überragendere Stellung

Gedanken eines Harmlosen.

Eigentlich müßte ich heute schreiben, „Gedanken eines Bekümmerten“. Heute früh las ich, daß unser hochverehrter Vater Hindenburg den Young-Vertrag unterschrieben hat. Ich für meinen Teil konnte die Hoffnung nicht aufgeben, daß dieser Akt unterblieb und es zu einem Volksentscheid käme. Ist Hindenburg schuldig geworden? Es wird bei uns Hindenburgverehrern immer ein Gefühl der Trauer hervorrufen, wenn wir an den Young-Schandvertrag denken, und durch die unaussprechlich folgenden schweren Zeiten erinnert werden, daß der geliebte Name gewissermaßen den Schlupfwinkel dieser traurigen Verschönerung des deutschen Volkes bildet.

Meine 18-jährige Tochter hat vor 5 Jahren bei der Wahlbegeisterung Hindenburgs zum Reichspräsidenten an eine Schranktür meines Büros ein kleines Wahlplakat geklebt, auf welchem sich Hindenburgs Kopf und in Rotdruck nur die Worte befanden „Der Retter“. Dieses kleine Plakat blieb die Jahre über kleben, aber heute früh war es das erste, daß sie daselbe von der Schranktür entfernte. Die Erinnerung an den Tag großer Begeisterung war geschwunden. Als ich später in die Wohnstube kam, glaubte ich eine Unordnung entdeckt zu haben, die Büste Hindenburgs, vor 5 Jahren in Begeisterung und Dank über die erfolgreiche Wahl Hindenburgs gekauft (als armer Mann in der Brockenfammlung in Bethel), war umgedreht, mit dem Gesicht nach der Wand gekehrt. Schließlich wurde festgestellt, daß auch dieses unsere Tochter „verbrochen“ hatte. Die Jugend ist ja so leicht begeistert, aber auch erzürnt. Noch gestern Abend, als ich erinnerte, für Hindenburg zu beten, fragte sie, ob Hindenburgs Unterschrift denn wirklich ein so großes Unglück bedeuten würde. Sie war, und zwar gründlich, überzeugt, als ich ihr klar machte, daß noch ihre zukünftigen Enkel (notabene, wenn —) an der Abtragung der übernommenen Lasten schwer zu tragen haben würden und nun

heute früh die schwere Enttäuschung. Wer ist der Schuldige? Wenn man die Kundgebung Hindenburgs zum Youngplan liest, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, mag man nun zum Vertrag stehen wie man will, daß es der alte, bekannte, liebe und hochverehrte Hindenburg ist, der nur nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung entscheidet. Meine Gedanken hierüber sind seit heute etwas milder geworden. Ich meine, die wirkliche Schuld trägt unsere Regierung, unsere Parteien, insbesondere auch unsere vaterländischen Parteien und Verbände. Die wirklichen, inneren Gründe, welche es Hindenburg unmöglich machten, seine Unterschrift zu verweigern, werden wir erst nach seiner Amtsniederlegung oder seinem Tode erfahren. Ich zweifle nicht, daß die oben genannte Schuld sich alsdann zu einer Anklage verdichten wird.

Schon ist nur, daß im Reichstag dieses „Hin und her“ und „So und so“ endlich aufgehört hat, wenigstens zunächst, indem die Regierungsparteien wochenlang gar nicht wußten, wie sie sich einigen sollten und konnten, um den Youngplan unter Dach und Fach zu bringen, zumal ja gleichzeitig das Defizit wenigstens auf dem Papier beseitigt werden mußte, und vor allem der parlamentarische Reim sie so zusammen halten mußte, damit es nur ja nicht zu einer Reichstagsauflösung kam, denn vor Neuwahlen hatte man wohl ziemlich Angst. Jedenfalls waren die ganzen Verhandlungen so, daß, wenn man das, was die Herren im Kopfe haben, hätte in die Beine verpflanzen können, so hätte es einen Eierdanz gegeben, wie noch nie dagewesen.

Gleichzeitig findet ein ähnlicher Tanz seitens unserer „Feinde“ in London statt. Es ist der Zeit angepaßt eigentlich ein Karneval, denn die Zusammenkunft nennt sich „Flottenabrüstung“, während in Wirklichkeit jedes Land erbittert dafür kämpft, seine Flotte zu vergrößern. Deutschland ist nicht vertreten. Bei den dort versammelten gewaltigen Mengen von „Pfund, Dollars usw.“ hat Deutschland seinen einzigen Kreuzer fallen lassen. Für

den einzigen Panzerkreuzer, der dazu als Ersatz für ein außer Dienst gestelltes Schiff in Frage kommt und schon halb fertig ist, ist die Bausumme für dieses Jahr nicht bewilligt, trotzdem auch die betreffenden Werftarbeiter geschlossen für den Weiterbau demonstriert haben. Weshalb erfolgt wohl die Ablehnung? Die Kommunisten kann man verstehen, sie sind bange, daß der Kreuzer gegen ihre geliebten roten „Brüder“ in Ausland Verwendung finden könnte. Bei den Regierungsparteien kann man, soweit sie dagegen gestimmt haben, keine Erklärung finden. Denkt man gar noch an die gemaltigen Rüstungen unserer Feinde, deren Rüstungs-Ausgaben von Jahr zu Jahr steigen, trotzdem man im „Friedens“-Vertrag von Versailles, den ja bekanntlich unsere Regierung nicht nur streng erfüllt, sondern sich kampfhaft bemüht, noch darüber hinaus zu „reparationieren“, festgesetzten allgemeinen Abrüstung und hält unter kleinen ungenügenden ausgerüstetes Heer dagegen, so kann man nur den Kopf schütteln. Denn verstehen kann man diese Herren unmöglich, selbst, wenn man ihre verborgene pazifistische Einstellung in Rechnung stellt. — Weshalb übrigens sind denn unsere Feinde bei ihrer famosen sogenannten „Flottenabrüstung“ nicht zu einer Einigung gelangt, resp. haben sich auf eine allgemeine „Aufrüstung“ geeinigt, wie es doch sonst immer geschehen ist? Nun, es fehlt das Bedenke, „Karnickel“. Deutschland war ja nicht beteiligt, sonst haben sie sich stets auf Kosten Deutschlands „geeinigt“. Dieses Mal konnten sie sich keine Riemen aus unserem Fell schneiden.

Nun ist es aber nicht nötig, daß wir dieserhalb Mitleid mit unseren „aemen“ Feinden haben, denn dafür zahlten und zahlen wir ja so brav in bar immer weiter. Wir haben zwar selbst noch viel mehr vom Ausland hergen müssen, um eben zahlen zu können, und damit unsere Wirtschaft nicht zum Erliegen kommt, aber dafür kann zum Beispiel Frankreich von unseren Zahlungen nicht nur seine sämtlichen jährlichen Verpflichtungen

ang einnehmen, ich ohnehin schon Millionen Gekaufte dazu drei und des Lloyds Schiffsbau der inu kommen flüchtige des Schiffspart des dem der Hambur also beide Gesell zeantische.

Abgesehen burg-Amerika-Li eine sehr beacht Ozeanluftfahrt dem Luftschiffba Beziehungen zu

Für die de tereffengemein insofern einen wischen Hamb möglichst beiden Kräfte und die tionalen Wettb der in Krieg u renden Männer wenn die deut Weltmeeren tob giere behaupten den Schiffabrt schlechterung de hat einen Berl zeitig neue Schifffahrtslande überflut gellag dazu obendrein jinsen der inte belastet.

Hinsichtlich menarbeit der vor Ueberbisch international faltung der Ertteilen. We sammenarbeit rüstungssturm einen Teil der arbeit wieder d daß Anlaß da behalten Lloyd andern steht an noch weit h Gruppe mit raum zurück.

Die Inter Linie und des die Vereinig von zwei ein Einen vollen erst dann hal tereffengemein also die verei blöße Zusam schen wir denn burg-Amerika- fer Erfolg — Interessengeme

Gebt um

Protestkundgeb des neu

In mehr laß der neu und der Zern hatt. Bei der hielt Reichsta rer der oberer rede. Er geb 1921 und h

tungen beglei entstanden für Summe über ten Betrag we sie ihren sch deutschen Grei lich das franz gegen Deutsch für den Ausb ren Franzoser Belgien will einen Gesche Millionen Fr Oigrenze. W ie es ja. Nur sich deckt) Fe ihren Kriegs Deutschland g können es a Annahme des in eine priva gegen hat ab Millionen Pf liche Summe für mußte sic hervativen S „wieviel Sch Schuldenfrei kanzler blieb über ein leise jamohl, Chini hungern, ach London schick zu treten und rine zu studi rineministeri England. W lde bald an C

Die erste Gattung der stärkeren Luftschiffe, die in Deutschland gebaut wurden, ob ihre Leistungen wir denn, was die Stunde ist zu aufzuweisen. ...

Internationalen Wettbewerb.

Die internationale Wettbewerb teilt mit: Internationalen Wettbewerb der Abgeordneten ...

Yachtd.

g, 25. März. Interessengemeinschaft ...

als Ersatz für ein ...

ung einnehmen, als sie Dapag und Lloyd jeder für sich obnein schon hatten, tragen doch von den 4,2 Millionen Gesamttonnage der deutschen Handelsflotte ...

Abgesehen von der Schifffahrt spielt die Hamburg-Amerika-Linie auch in der deutschen Luftfahrt eine sehr beachtliche Rolle; im Interesse der späteren ...

Für die deutsche Volkswirtschaft bedeutet die Interessengemeinschaft unserer beiden größten Reedereien ...

Hinsichtlich der Auswirkungen der Zusammenarbeit der deutschen Großreedereien muß man sich vor Uebersehlichkeiten hüten. Die Schifffahrt ist international gebunden und abhängig von der ...

Die Interessengemeinschaft der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyds bedeutet zunächst die Vereinigung oder richtiger: die Zusammenarbeit ...

Gebt uns unsere Heimat wieder.

Protestkundgebungen in Oberschlesien. — Aus Anlaß des neunten Jahrestages der Abkündigung.

In mehreren Orten Oberschlesiens fanden aus Anlaß der neunten Wiederkehr des Abkündigungstages und der Zerstörung deutschen Landes Kundgebungen statt. Bei der stark besuchten Glatzener Veranstaltung ...

tungen begleichen, welche aus seinen Kriegsschulden entstanden sind, sondern behält noch eine stattliche Summe übrig. Diesen von Deutschland erwarteten Betrag werden sie „nach ihrer Ansicht“ gut an, indem sie ihren schon ganz gewaltigen Festungsgürtel an der deutschen Grenze immer weiter ausbauen. So hat kürzlich das französische Parlament für diesen Festungsgürtel gegen Deutschland 3, 3 Milliarden Franken bewilligt und für den Ausbau ihrer riesigen Luftflotte bilden die Herren Franzosen einen Fonds von 400 Millionen Franken. Belgien will nicht zurückstehen und wird dem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegen, zur Bewilligung von 500 Millionen Franken zum Ausbau der Verteidigung der Ostgrenze. Warum nicht, dank Deutschlands Hilfe haben sie es ja. Nun sind unsere ehemaligen und jetzigen (was sich deckt) Feinde nicht etwa so, daß sie nicht auch von ihren Kriegsschuldforderungen ablassen könnten. Nur Deutschland gegenüber haben sie es noch nicht getan, und können es auch in Zukunft nicht tun, da wir ja durch Annahme des Youngplans die bisherige Kriegsschuld in eine privatwirtschaftliche Schuld geändert haben. Dagegen hat aber England den Franzosen von deren 600 Millionen Pfund betragenden Weltkriegsschuld die niedrige Summe von 372 Millionen Mark nachgelassen. Dafür mußte sich der englische Schatzkanzler von einem konservativen Abgeordneten die Frage gefallen lassen, „wieviel Schlachtschiffe Frankreich dank der englischen Schuldentilgung bauen könne“. Der englische Schatzkanzler blieb die Antwort schuldig, ich gestatte mir hierüber ein leises „Schmunzeln“. Ebenso darüber, daß China, über ein leises „Schmunzeln“. Ebenso darüber, daß China, über ein leises „Schmunzeln“. Ebenso darüber, daß China, über ein leises „Schmunzeln“.

werden dürfe, ebensowenig, wie man die Opfer an Gut und Blut nicht vergessen dürfe, die dieser Kampf gefordert habe. Man müsse auf die Vernunft und Gerechtigkeit der Geschichte vertrauen und an das ewig wahre Wort glauben, das sich noch immer erfüllt habe, wenn es auch oft lange dauerte: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“

Die Mahnung, nicht zu vergessen, müsse man angesichts der heutigen Notlage in den Grenzgebieten aber auch an das übrige Deutschland richten und an diejenigen, in deren Hand berufsmäßig und durch Wahl das Schicksal des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches liege. Die Regierungen von Staat und Reich hätten die Pflicht, die Räte des Grenzlandes nach Möglichkeit zu lindern.

Präsident Ullrich sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß auf die Zeit der Demütigung, der Not und der Gefahr für das deutsche Volk bald wieder eine Zeit der Erlösung und der Auferstehung folgen werde. Zum Schluß der Versammlung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden, sowie dem Böhmerbund zugeleitet werden soll und folgenden Wortlaut hat:

„Wie alljährlich, protestieren anlässlich der Abstimmungsgesetzgebung die Bewohner von Gleiwitz gegen die dem Abstimmungsergebnis und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Hohne sprechende Zerreißung Oberschlesiens. Tausende von Flüchtlingen fordern: „Gebt uns Brot und Heimat wieder!“ Zehntausende in wirtschaftlichen Nöten Ringende verlangen Wiedergutmachung des Genfer Hilfsrates. Wir gelot u feierlich, nicht eher zu ruhen, bis der Völkerverbund, bis die Welt die furchtbaren Folgen der unsinnigen Grenzziehung einseht und bis Oberschlesien mit seinem Vaterland Deutschland wieder vereinigt ist.“

Stärkung des Deutschtums im Korridor.

Eine Entschließung der heimattreuen Ost- und Westpreußen.

— Berlin, 25. März.

Der Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen nahm einstimmig eine an die Reichsregierung weitergeleitete Entschließung an, in der die Regierung ersucht wird, mit allen Kräften und Mitteln dafür zu sorgen, daß das von ihr mit dem Polen-Liquidationsabkommen erstrebte Ziel der Erhaltung des noch in deutschen Händen befindlichen Grundbesitzes in Polen erreicht wird. Insbesondere müsse das Deutschtum im Korridor erhalten bleiben. Jeder Versuch Polens gegen Wortlaut und Sinn des Abkommens müsse öffentlich gebrandmarkt und mit entsprechenden Maßnahmen beantwortet werden.

Die heimattreuen Ost- und Westpreußen, so fährt die Entschließung fort, stellen in Uebereinstimmung mit den Erklärungen der deutschen Regierung ausdrücklich fest, daß das deutsch-polnische Finanzabkommen ein Locarno nicht bedeuten soll und kann. Die Heimattreuen halten nach wie vor an ihrer Forderung der Revision der Abgrenzen und räumlichen Wiedervereinigung Ostpreußens mit dem übrigen Reich fest, sie verlangen die Rückgabe der ohne Befragung der Bevölkerung und gegen ihren Willen vom Deutschen Reich entzogenen Ostgebiete.

Zum übrigen verlangt die Entschließung noch die rasche Durchführung der Osthilfe, die Abwendung der sich aus dem Handelsvertrag mit Polen ergebenden schweren Gefahren und die ausreichende Entschädigung der Liquidationsgeschädigten.

Braun bei Hindenburg. Reichspräsident von Hindenburg empfing den preussischen Ministerpräsidenten Braun zu einer Besprechung über die Agrarfragen und die Maßnahmen zum Schutze des Ostens.

— Sämtliche Bergnützungsreisende der ausgehenden „Oceana“ sind nach Konstantinopel gebracht worden. Die „Oceana“ konnte bisher noch nicht wieder flottgemacht werden.

Märzsturm, brause nur!

Märzsturm, brause nur
über die graue Flur!
Tage die Wolken, zerbrich das Eis,
schwelle den Strom, die Brücken zerreiße!
Kinder und Greise vor dir erzittern,
männliche Geister kannst du nicht erschüttern:
Immer, so oft du erscheinst auf dem Plan,
brachst du lieblichen Lenzen die Bahn!
Völkerkrieg, tobe nur,
schrecke die Kreatur!
Stürze, was stolz das Haupt erhebt,
lös', was gebunden am Stabe fleht!
Kinder und Greise vor dir erzittern,
streitbare Männer kannst du nicht erschüttern:
Immer, so oft du die Menschheit erregst,
ward von den Tennen der Unrat gefegt.
Märzsturm, brause nur!
Völkerkrieg, haue nur!
Gott, der Allmächtige führt's Regiment!
Alles, was Abba, Vater Ihn nennt,
braucht beim Toben von Sturm und Gewittern
nimmer zu zagen und niemals zu zittern:
Nach der Trübsal Schrecken und Pein
stellen Fried' und Freude sich ein.

Aus „Aus meines Vaters Garten“, Gedichte von B. Kühn.
Verlag P. Ott, Göttingen.

Finanz-Einiguna erhofft.

Zusammentritt des Steuer-Ausschusses. — Curtius nach Locarno zurückgekehrt.

— Berlin, 25. März.

Am heutigen Dienstag tritt der Steuerausschuß des Reichstags zusammen, um die im Zusammenhang mit dem Finanzprogramm stehenden, vom Reichsrat bereits genehmigten vier Steuervorlagen zu beraten. Nach den Plänen der Reichsregierung sollen die Finanzgesetze noch bis zum 1. April Gesetz werden. Es handelt sich um die Vorverlegung der Termine für die Zuder- und Tabaksteuer, die Erhöhung der Biersteuer und des Zolls für Benzin und Benzol.

Die erste Lesung im Reichstag zeigte, daß sich bisher keine Partei zur Befürwortung dieser Vorlagen entschließen wollte, und vermutlich wird es im Ausschuß noch harte Kämpfe geben. Im Reichstag beurteilt man allerdings, nach der Mannheimer Rede des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, die Einigungsaussichten für Steuervorlagen und Finanzprogramm wesentlich optimistischer als in den letzten Wochen und hält die Gefahr einer finanzpolitischen Koalitionskrise nahezu für beseitigt. Schon aus der Tatsache, daß Minister Curtius sich zur Fortsetzung seines Erholungsurlaubes nach Locarno zurückbegeben hat, schließt man auf eine wesentliche Entspannung der parlamentarischen Lage.

Diskontsenkung beschlossen.

Als zwangsläufige Folge der internationalen Zinsbaisse.

— Berlin, 25. März.

Der Zentralkomitee der Reichsbank trat zum letztenmal unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zusammen und beschloß, den Reichsbankdiskont — also den Wechselzins — von 5 1/2 auf 5 und den Lombardzinsfuß von 6 1/2 auf 6 Prozent zu ermäßigen.

Die Begründung dieser Maßnahme verwies Reichsbankpräsident Dr. Schacht auf die infolge des Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit anhaltend leichten Geldmarktverhältnisse. Da die zu erwartende Frühjahrsebebung kaum große Wirkungen auf den Geldmarkt ausüben dürfte, werde der ermäßigte Satz vermutlich zu halten sein. Die deutsche Öffentlichkeit müsse sich aber darüber klar sein, daß ein Satz von 5 Prozent den inneren Geld- und Kapitalverhältnissen Deutschlands nicht entspreche. Die deutsche Diskontsenkung sei vielmehr eine zwangsläufige Folge der internationalen Diskontbaisse und solle verhindern, daß auf Borg Gold hereingenommen werde.

Die Tragbarkeit der Tribute.

Youngplan bedingt ein verstärktes Eindringen Deutschlands in den Weltmarkt.

— Wiesbaden, 25. März.

In einer Zentrumsversammlung in Wiesbaden sprach Reichsverkehrsminister Dr. Stegerwald über „Deutschlands Lage nach Neuregelung seiner Reparationsverpflichtungen“. Kein Mensch könne sagen, ob der Neue Plan längere Zeit ausführbar sei oder nicht. Darüber freilich bestehe keine Meinungsverschiedenheit, daß Deutschland allein diesen Plan nicht ausführen könne. Es hänge davon ab, inwieweit die übrige Welt Deutschland einen bevorzugten Platz in der Weltwirtschaft einräumen wolle, inwieweit man der deutschen Ein- und Ausfuhr das verstärkte Eindringen in den Weltmarkt ermögliche.

Protestkundgebung der Gastwirte.

Gegen das Schankstättengesetz und die Steuervorlagen.

Im Rahmen der Berliner Gastwirtsreise protestierten etwa 4000 Gastwirte aus allen Reichsteilen gegen die neuen Steuergesetze und das dem Reichstag vorliegende Schankstättengesetz. Jede neue Besteuerung müsse die Verkaufspreise erhöhen und Angestelltenentlassungen nach sich ziehen. Die Erhöhung der Biersteuer um 75 Prozent sei wirtschaftlicher Selbstmord. Das ganze Schankstättengesetz sei überflüssig, da die Gewerbeordnung und das Strafgesetzbuch ausreichten. Es folgte verheißungsvoll die reichsgerichtliche Regelung der Polizeistunde.

Beratung des Agrarprogramms.

Wiederzusammentritt des Reichstags. — Beschleunigte Behandlung der Vorlagen.

— Berlin, den 24. März 1930.

Der Reichstag begann heute die große Agrardebate. Zu Grunde lagen ihr die neuen Initiativanträge der Regierungsparteien auf Einrichtung eines Maismonopols, Erhöhung der Rollspanne beim Weizen usw. Die Vorlagen sollen am Mittwoch bereits in dritter Lesung beraten werden. Bis zur Verabschiedung der Agrargesetze wird es aber noch lebhafteste Debatten geben, da die neuen Rollpläne auch innerhalb der Regierungsparteien noch umstritten sind. Eine Mehrheit für die Agrargesetze ist anscheinend aber gesichert.

Mit großer Mehrheit wurde auch dem Maismonopol zugestimmt. Schließlich wurde noch ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, wonach bei vor dem 5. März 1930 im Inlande geschlossenen Lieferungsverträgen über verzollten Kaffee und Tee der Verkäufer berechtigt ist, vom dem Käufer Ersatz des Rollunterchiedes für nach dem Antraktreten der Rollserhöhungen gelieferte Ware zu beanspruchen.

Damit war die zweite Lesung des Agrarprogramms beendet. Die dritte Beratung findet am Dienstag statt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 25. März 1930.

Der deutsche Botschafter von Dietrich hatte in Moskau mit Witkows eine Unterredung über die deutsch-russischen Beziehungen; der Botschafter hat einer russischen Gewerkschaftsordnung die Einreiseerlaubnis nach Deutschland verweigert.

Der Deutsche Lehrerverein und der Lehrerverband veranstalteten in Berlin eine Kundgebung „Gegen die Droffselung der Kulturausgaben“ und nahmen eine Entschliesung an, in der es heißt: Sparmaßnahmen, die die Bildungshöhe des deutschen Volkes

— Hamburg, 25. März. Der Gemeinschaftsvertrag zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Nord-

Am Mittwoch, den 26. März, ½2 Uhr Feuerwehr-
übung, Pünktlich antreten. Der Brandmeister

Er scheint wach
0,80 Beteiligte
Kulakland unter
Eingelommen

Nr. 73.

Legt in die
Mußt du
Schmerz u
Und Tiefe
Des Men
Sie greift
Mit Trüm
Und was

Stalins Kurs

Der russische
erlitten. Und m
die Bergesellsch
die marxistische
Man hat bek
Moskau einen
und es sind noch
Wirtschaft im
Man nannte da
ders hatte es
Mittelbauern a
„zweiten Leibe
gegenzusehen m
schaften gezwun
ter auf das flac
nehmen zur K
greifen. Ein i
scharf zugreifen
bäuerliche Pro
lakentums, also
zug gegen den
Erfolg aufreizt
wird er ohne K
Witwe Lenins
zweite Revoluti
wie die von 19
Daß es den
Leben von Mill
verfolgter Baue
lichen und phy
„Kulaken“ mit
setzt haben, gek
aus einer Rede
ren Wolga her
dem Zentralorg
zum Abbruch d
stehenden Säge
„Es gibt ha
danken darübe
laken und ihre
eignung selbst u
der ländlichen
kommen klar,
eignet fein —
Kulchos* nicht
wir verpflichtet
wieder hinausz
da einzuschleic
daß die Kulake
lebt. Wir müs
Weise und in
teiorganisatio
Das aber b
urteil über den
„Kulaken“ nich
im deutschen
deutschen Sinn
Auszlandkemer
nannte Kulak
„Kulaki“ würd
größten Teil si
lebende Klein
Sachverständig
„Es genügt, e
Arbeit zu benut
oder eine viert
von der komm
lakt“ eingerei
dation“ als Kul
dieren“ heißt h
eignen, sonder
schen zum phy

*) Kollektiv